

Stadt Delmenhorst · Rathausplatz 1 · 27749 Delmenhorst

Stadt Delmenhorst  
Die Oberbürgermeisterin  
Fachbereich 60 - Gebäudemanagement  
Herrn Olaf Meyer-Helfers  
Am Stadtwall 1  
27749 Delmenhorst

Fachbereich

**Planen, Bauen, Umweltschutz,  
Landwirtschaft und Verkehr**

Fachdienst

Bauordnung

Kontakt

Frau Drieling

Gebäude

Stadthaus

Zimmer

105

Telefon

04221 99 2816

Telefax

04221 99 1252

E-Mail

katja.drieling@delmenhorst.de

Datum

27.08.2024

Aktenzeichen: BA 000863/2024

**Grundstück:** Delmenhorst, Brendelweg 66

Gemarkung: Delmenhorst

Flur: 48

Flurstück(e): 302/4

**Baumaßnahme:** Baugenehmigungsverfahren, § 64 / § 2 Abs. 5 Nr. 11 NBauO; hier: Erweiterungsbau der Oberschule Süd

Entwurfsverfasser/in: SchröderArchitekten

Partnerschaft mbB

Tobias Willers, Schwachhauser Heerstraße 210, 28213 Bremen

## Baugenehmigung Nr. 863-2024

Aufgrund Ihres Antrages vom 11.06.2024, hier eingegangen am 11.06.2024, wird Ihnen hiermit gemäß § 64 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) in der z.Z. gültigen Fassung, unbeschadet Rechte Dritter, für die Ausführung des oben genannten Bauvorhabens, entsprechend der mit Genehmigungsvermerken versehenen anliegenden Bauvorlagen, unter Beachtung der nachfolgend aufgeführten Nebenbestimmungen (Bedingungen, Auflagen) und Hinweise für die o.g. Baumaßnahme die Baugenehmigung erteilt.

**Die Baumaßnahme ist entsprechend den beigegeführten Bauvorlagen auszuführen.**

Die mit grüner Farbe auf den Bauvorlagen eingetragenen Prüfvermerke, Änderungen und Ergänzungen sowie der Prüfbericht zur statischen Berechnung - soweit vorhanden - sind Auflagen und Bedingungen im Sinne der NBauO und für die Bauausführung verbindlich.

Die nachstehenden Bedingungen und Auflagen sind Bestandteil dieses Bescheides. Die Hinweise sind bei der Ausführung zu beachten.



Diese Baugenehmigung ist kostenpflichtig. Sie haben Anlass zu diesem Verfahren gegeben und haben daher die Kosten zu tragen. Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 1, 3, 5 und 13 des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes (NVwKostG) i. V. mit der Baugebührenordnung (BauGO). Die Kosten werden durch gesonderten Bescheid festgesetzt, der diesem Genehmigungsbescheid beigelegt ist.

**Bestandteil dieser Baugenehmigung sind folgende, mit Genehmigungsvermerk versehene Bauvorlagen:**

|   |        |
|---|--------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Auszug Liegenschaftskarte                                   | 1-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> Lageplan  | 1-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> Berechnung der Grundflächenzahl                             | 1-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> Berechnung der Geschossflächenzahl                          | 1-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> Berechnung des umbauten Raumes                              | 1-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> Berechnung der Baukosten                                    | 1-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> Berechnung der Nutzfläche                                   | 1-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> Bauzeichnungen vom 03.06.2024                               | 1-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> Baubeschreibung   | 1-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> Bautechnische Nachweise                                     | 1-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> Stellungnahme Barrierefreiheit                              | 1-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> Brandschutznachweis vom SAR Aufgestellt von 03.06.2024      | 1-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> Schallschutzgutachten vom Tetens Aufgestellt von 06.06.2024 | 1-fach |

**Abweichung**

Die Abweichung kann entfallen gem. Punkt a. (Hinweise).

**Nebenbestimmungen**

**1. Bedingungen**

- a. Mit den Bauarbeiten darf erst begonnen werden, wenn die erforderlichen bautechnischen Nachweise geprüft vorliegen. Grüneintragungen, Auflagen und Hinweise in den bautechnischen Unterlagen sind bei der Bauausführung zu berücksichtigen.  
Hier: Der Nachweis der Standsicherheit gemäß § 10 Bauvorlagenverordnung (BauVorIVO)
- b. Entgegen der Darstellung im Brandschutzkonzept ist ergänzend zur NBauO und DVO-NBauO die Schulbaurichtlinie NRW (SchulbauR) als Sondervorschrift heranzuziehen. Die Schulbaurichtlinie Niedersachsen findet keine Anwendung.

**2. Auflagen**

- a. Der Baubeginn ist dem Fachdienst Bauordnung auf der, in der Anlage beigelegten Baubeginnanzeige, schriftlich mitzuteilen (§ 76 Abs. 1 NBauO).
- b. Das Bauende ist dem Fachdienst Bauordnung auf der, in der Anlage beigelegten Fertigstellungsanzeige, schriftlich mitzuteilen (§ 76 Abs. 1 NBauO).
- c. Das Brandschutzkonzept vom 03.06.2024 ist als Bestandteil des Bauvorhabens vollständig umzusetzen.



- d. Die fachgerechte Umsetzung der im Brandschutzkonzept und im Bauschein dargestellten Maßnahmen und Erfordernisse sind der genehmigenden Behörde von einer sachverständigen Person für Vorbeugenden Brandschutz zu bestätigen.
- e. Der Überschreitung der Zulässigen Lernbereichsgrundfläche von 600m<sup>2</sup> um maximal 10% wird ohne Auflagen zugestimmt.
- f. Die Abweichung Nr. 1 ist nicht zu berücksichtigen, da notwendige Flure ungeachtet der Grundfläche nicht Bestandteil von Lernbereichen i.S.d. SchulbbauR NRW sind.
- g. Für den Zeitraum der Baumaßnahmen ist zur Überwachung der fachgerechten Ausführung der den Brandschutz betreffenden Arbeiten ein Fachbauleiter Brandschutz zu bestellen und vorab der Genehmigungsbehörde und der Brandschutzdienststelle zu benennen.
- h. Aus den Differenzierungsräumen im EG und OG sind Sichtbeziehungen in den Flurzonen herzustellen um ein frühzeitiges Erkennen von Brandereignissen und somit die Selbstrettung zu ermöglichen. Alternativ zur Sichtbeziehung muss der Bereich zwischen Differenzierungsraum und nächstgelegenen notwendigen Treppenraum mit einem Rauchwarnmelder überwacht werden.
- i. Die Schlussabnahme ist unter Teilnahme der Brandschutzdienststelle erforderlich und schriftlich zu beantragen.

j. **Auflagen Immisionsschutz**

- I. Beim Betrieb der technischen Anlagen des Erweiterungsbaus und des Schulbetriebes (RLT Anlagen, Luftwärmepumpen etc. ) dürfen gem. der TA Lärm nachfolgende Immissionsrichtwerte, gemessen 0,5 m vor der Mitte des geöffneten Fensters des vom Geräusch am stärksten betroffenen schutzbedürftigen Raumes nach DIN 4109 der nächstgelegenen Wohngebäude, oder bei unbebauten Flächen gemessen an dem am stärksten betroffenen Rand der Fläche, wo nach dem Bau- und Planungsrecht Gebäude mit schutzbedürftigen Räumen erstellt werden dürfen, nicht überschritten werden:

Außerhalb von Gebäuden

Art der baulichen Nutzung gemäß dem Bebauungsplan Nr. 118 Reines Wohngebiet (WR) (Gneisenauweg 7)

a) in der Zeit von 06.00-22.00 Uhr (Tagzeit) 50 dB(A)  
bezogen auf 16 Stunden -

b) in der Zeit von 22.00 bis 06.00 Uhr (Nachtzeit) 35 dB(A)  
bezogen auf die volle Nachtstunde -

Außerhalb von Gebäuden

Art der baulichen Nutzung gemäß dem Bebauungsplan Nr. 118 Allgemeines Wohngebiet (WA) (Gneisenauweg 4, 6, 8, 10, 14, 16, 18 und 20)

c) in der Zeit von 06.00-22.00 Uhr (Tagzeit) 55 dB(A)  
bezogen auf 16 Stunden -

d) in der Zeit von 22.00 bis 06.00 Uhr (Nachtzeit) 40 dB(A)  
bezogen auf die volle Nachtstunde -



Einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen [LW<sub>Amax</sub>] dürfen die Immissionsrichtwerte unter den Buchstaben a - d am Tag um nicht mehr als 30 dB(A) und in der Nacht um nicht mehr als 20 dB(A) überschreiten.

Innerhalb von Gebäuden (Brendelweg 66):

e) in der Zeit von 06.00 - 22.00 Uhr (Tagzeit) 35 dB(A)

f) in der Zeit von 22.00 - 06.00 Uhr (Nachtzeit) 25 dB(A)

Einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen dürfen die Immissionsrichtwerte unter Buchstaben e-f am Tage und in der Nacht um nicht mehr als 10 dB(A) überschreiten.

- II. Sämtliche technischen Anlagen (z. B. RLT Anlagen, Luftwärmepumpen) sind körperschallentkoppelt anzubringen / aufzustellen.
- III. Der maximale Schallleistungspegel je Wärmepumpenkaskade darf tagsüber LWA ≤ 83,5 dB(A) und nachts LWA ≤ 78,5 nicht überschreiten. Der reduzierte Betrieb nachts ist durch die Gebäudesteuerung umzusetzen.
- IV. Der Abluftventilator ist mit einem Kulissenschalldämpfer auszustatten.
- V. Sämtliche RLT Anlagen sind nach dem Stand der Lärminderungstechnik auszulegen und so zu errichten und zu betreiben, dass Einzeltöne nicht hervortreten sowie keine schädlichen Umwelteinwirkungen durch tieffrequente Geräusche mit einem Energieanteil von < 100 Hz erzeugt werden. Schädliche Umwelteinwirkungen in Form tieffrequenter Geräusche liegen gem. § 3 Abs. BImSchG gem. DIN 45680 incl. Beiblatt 1 vor, wenn die Differenz der äquivalenten Dauerschalldruckpegel L<sub>Ceq</sub> – L<sub>Aeq</sub> > 20 dB beträgt (maßgeblicher Immissionsort ist die Stelle höchster Belastung innerhalb der nächstgelegenen Wohngebäude in dem am stärksten betroffenen Aufenthaltsraum).
- VI. Die Photovoltaikmodule sind reflexionsarm (geringer Reflexionsgrad) auszuführen.

## Hinweise

- a. Die Abweichung Nr. 1 ist nicht zu berücksichtigen, da notwendige Flure ungeachtet der Grundfläche nicht Bestandteil von Lernbereichen i.S.d. SchulbbauR NRW sind.
- b. Die Prüfung der Baugenehmigung erfolgte gemäß § 63 NBauO auf die Vereinbarkeit des beantragten Bauvorhabens mit dem städtebaulichen Planungsrecht, den §§ 5 bis 7, 33 Abs. 2 Satz 3, § 41 Abs. 2 Satz 2 und den §§ 47 und 50 NBauO, den sonstigen Vorschriften des öffentlichen Baurechts im Sinne des § 2 Abs. 17 NBauO.
- c. Die Aula wird mit einer maximalen Bestuhlungsanzahl von 199 Personen genehmigt. Versammlungen mit mehr als 200 Besucherinnen wären im Einzelfall in einem separaten Verfahren genehmigungspflichtig, da bei Veranstaltungen, die mehr als 200 Besucherinnen und Besucher umfassen, die Versammlungsstättenverordnung (und ggf. weitere konkretisierenden Regelungen) zu beachten gilt. Dies gilt für schulische und außerschulische Veranstaltungen und berücksichtigt im Besonderen die sichere Evakuierung und den Brandschutz.
- d. Gemäß § 52 NBauO ist die Bauherrin / der Bauherr dafür verantwortlich, dass die von ihm veranlasste Baumaßnahme dem öffentlichen Baurecht entspricht (§ 52 Abs. 1 NBauO).



- e. Hat die Bauherrin / der Bauherr einer nicht verfahrensfreien Baumaßnahme zu deren Vorbereitung, Überwachung und Ausführung verantwortliche Personen im Sinne der §§ 53 bis 55 NBauO zu bestellen (§ 52 Abs. 2 S. 1, 2 NBauO).
- f. Die Bauherrin / Der Bauherr hat spätestens vor Baubeginn den Namen der Bauleiterin / des Bauleiters der Bauaufsichtsbehörde schriftlich mitzuteilen (§ 52 Abs. 2 S. 6 NBauO).
- g. Das in der Anlage beigefügte Kennzeichen (DIN A 4-Blatt mit rotem Punkt) ist vor Baubeginn auf dem Grundstück so anzubringen, dass es von der Straße her gut sichtbar ist (§ 11 Abs. 3 NBauO).
- h. Bei der Baudurchführung zutage tretende ur- und frühgeschichtliche Bodenfunde sind der unteren Denkmalschutzbehörde - Fachdienst Bauordnung der Stadt Delmenhorst - zu melden (§ 14 Nds. Denkmalschutzgesetz).
- i. Es ist insbesondere darauf zu achten, dass gem. § 9 Abs. 2 NBauO nicht überbaute Flächen von Baugrundstücken Grünflächen sein müssen, soweit sie nicht für eine andere Nutzung erforderlich sind.
- j. Vor Innutzungnahme des Gebäudes ist den Stadtwerken Delmenhorst GmbH – Service / Planung und Bau – gegenüber nachzuweisen, wie die ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung sichergestellt werden soll.  
Die Grundstücksentwässerungsanlage ist zu erweitern. Ein Entwässerungsantrag ist bei Versorgung und Verkehr Delmenhorst- Grundstücksentwässerung, Fischstraße 32-34, 27749 Delmenhorst, zu stellen.  
Es ist eine Rückhaltung erforderlich. Das Rückhaltevolumen ist auf 2,0l/s x ha auszulegen die Einleitung auf 5,0 l/s zu drosseln. Der Kanalabschnitt 75777559 ist umzulegen.
- k. Bei Baumaßnahmen müssen die Teile der Baustellen, auf denen unbeteiligte Personen gefährdet werden können, abgegrenzt oder durch Warnzeichen gekennzeichnet sein (§ 11 NBauO)

**l. Hinweise UB**

Nach Vorlage der Untersuchungsergebnisse (Projekt 23.1017-01) des Ingenieurbüros Jonebloed, Papenburg vom 21.11.2023, teilt die untere Bodenschutzbehörde Ihnen mit, dass keine signifikanten Bodenverunreinigungen detektiert wurden. Die Bebauungsfläche ist somit unbelastet und die geplante Nutzung kann aus Sicht der unteren Bodenschutzbehörde realisiert werden.

**m. Nebenbestimmungen Baumschutz**

- I. Die Pläne „Lageplan Baumfällungen Los 1 und 2“ vom 16.05.24, „Lagenplan Außenanlagen – Schulhof Gestaltung“ vom 26.02.24 sowie „02\_Baustelleneinrichtung Kran\_20230603\_VI“ und „02\_Baustelleneinrichtung\_20240603\_V1“ vom 03.06.24 sind Bestandteil der Baugenehmigung. Die dort aufgeführten Auflagen und Maßnahmen sind umzusetzen und einzuhalten.
- II. Der Baumschutz ist gem. o.g. Plan einzuhalten und wie folgt umzusetzen:  
Mit Beginn der Bauarbeiten ist gemäß § 11 Abs. 2 der Niedersächsischen Bauordnung im Sinne der DIN 18920 in Verbindung mit R SBB (2023) ein mindestens 2,0 m hoher, standfester Schutzzaun außerhalb des Kronentraufbereichs + 1,5m um die nach der Satzung über den Schutz des Baumbestandes in der Stadt Delmenhorst geschützten Bäume und schützenswerten Bäume aufzustellen, während der







- III. Bei der Bauausführung sind die Vorschriften der DIN 41 09 „Schallschutz im Hochbau“ besonders zu beachten.

**o. Hinweise zum Arbeits- und Gesundheitsschutz**

**I. Gefährdungsbeurteilung**

Unter Einbeziehung der Fachkraft für Arbeitssicherheit ist eine Gefährdungsbeurteilung gem. § 3 ArbStättV zu fertigen.

**II. Barrierefreie Planung und Ausführung**

Für die barrierefreie Planung der Baumaßnahme sind die Anforderungen der DIN 18040-1 „Barrierefreies Bauen – Planungsgrundlagen – Teil 1: Öffentlich zugängliche Gebäude“ zu berücksichtigen.

**III. Sonnenschutz**

Zur Vermeidung von Direkt- oder Reflexblendung und zur Temperaturregelung sind an den Fenstern, möglichst außenliegend, Sonnenschutzmaßnahmen zu planen. Störende Blendungen oder Reflexionen können beispielsweise durch Jalousien, Rollos und Lamellenstores vermieden werden. Es ist sicherzustellen, dass Temperaturen von 26 Grad Celsius nicht überschritten werden. Weitere Hinweise finden Sie in der DGUV-Information 215-444 „Sonnenschutz im Büro“

**IV. Raumakustik**

Bei der Gestaltung von Räumen sind auch raumakustische Anforderungen in Hinblick auf Sprachverständlichkeit und Nachhallzeit zu berücksichtigen. Bitte bedenken Sie in diesem Zusammenhang die Anforderungen der DIN 18041 „Hörsamkeit in Räumen“ und der DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“.

**V. Fluchtwege, Notausgänge**

Fluchtwege müssen als solche deutlich erkennbar und dauerhaft gekennzeichnet sein sowie über einen Notausgang auf möglichst kurzem Wege ins Freie oder in einen gesicherten Bereich führen. Auf sie ist zusätzlich hinzuweisen, wenn sie nicht von jedem „Arbeitsplatz“ aus gesehen werden können. Notausgänge müssen in Fluchtrichtung aufschlagen, sind mit beleuchteten oder langnachleuchtenden Piktogrammen zu kennzeichnen und müssen sich leicht öffnen lassen. Notausgänge, die von außen durch Gegenstände zugestellt werden könnten, sind auch von außen zu kennzeichnen und durch weitere Maßnahmen zu sichern. Fluchtwege dürfen nicht eingeeengt werden. Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass die Beschäftigten/Nutzer des Gebäudes im Brandfall unverzüglich gewarnt und zum Verlassen des Gebäudes aufgefordert werden können. Die Möglichkeit zur Alarmierung von Hilfs- und Rettungskräften muss gewährleistet sein. Flucht- und Rettungspläne sind zu erstellen. Im Übrigen beachten Sie bitte die ASR A2.3 „Fluchtwege und Notausgänge“ und die Richtlinie über bauaufsichtliche Anforderungen an Schulen (SchulbauR).

**VI. Mobiliar**

Flure In den Fluren im Erd- und Obergeschoss sind Zonen zum Selbstlernen geplant. Es sind verschiedene Möbel dargestellt. Um die Flucht- und Rettungswege nicht zu versperren oder einzuengen muss sichergestellt sein, dass das Mobiliar an einem festen Platz bleibt.

**VII. Nach außen aufschlagende Türen**

Gemäß Unfallverhütungsvorschrift Schulen, § 10, dürfen Schülerinnen und Schüler durch nach außen aufschlagende Türflügel nicht gefährdet werden. Dies wird, wie in



der Zeichnung dargestellt, erreicht, wenn die Türen zurückversetzt in Nischen angeordnet sind. Eine nach außen aufschlagende Tür darf in der Endstellung maximal 20 cm in den Fluchtweg hineinragen. Wir gehen nach der Zeichnung davon aus, dass dieses Maß eingehalten wird.

#### VIII. **Verkehrswege**

Beleuchtungseinrichtungen in Verkehrswegen sind so anzuordnen und auszulegen, dass sich aus der Art der Beleuchtung keine Unfall- oder Gesundheitsgefahren für Personen ergeben können. Die Beleuchtung muss der Art der Sehaufgabe entsprechen. Die Stärke der Allgemeinbeleuchtung muss mindestens 15 Lux betragen. In Eingangsbereichen sind ausreichend tiefe Sauberlaufzonen (mind. 1,50 m) vorzusehen. Stolperstellen, z. B. durch Fußbodenübergänge, sind zu vermeiden.

#### IX. **Wände und Stützen**

Oberflächen von Wänden und Stützen sollen bis zu einer Höhe von 2 m ab Oberkante Standfläche so beschaffen sein, dass Verletzungsgefahren verhindert werden. Flächen dürfen nicht rau und spitzig sein. Ecken und Kanten von Wänden und Stützen dürfen bis zu einer Höhe von 2 m ab Oberkante Standfläche nicht scharfkantig ausgeführt sein. Ecken und Kanten von Wänden und Stützen gelten als nicht scharfkantig, wenn sie z. B. wie folgt ausgeführt sind: • bei Stahl- und Holzausführungen mit gerundeten (Radius > 2 mm) oder entsprechend gefasten Kanten, • bei Beton- und Mauerwerkausführung mit gebrochenen oder gerundeten Kanten, • bei Putzausführung mit gerundeten Eckputzschienen

#### X. **Verglasung**

Verglasungen müssen, gemessen von der Standfläche, bis 2,0 m Höhe aus Sicherheitsglas (z. B. Verbundsicherheitsglas) oder Materialien mit mindestens gleichwertigen Sicherheitseigenschaften bestehen, so dass Schnittverletzungen bei Glasbruch vermieden werden. Sicherheitsglas o. ä. ist nicht erforderlich, wenn der Zugang zu Verglasungen erschwert ist. Der Zugang gilt als erschwert,

- wenn ein mind. 1,0 m hohes Geländer mindestens 20 cm vor der Verglasung vorhanden ist,
- bei Fenstern, wenn die Fensterbrüstung mindestens 80 cm hoch und die Fensterbank mindestens 20 cm tief ist.
- bei Schränken und Vitrinen in Fachnebenräumen,
- wenn die Verglasung hinter einer bepflanzten Schutzzone liegt. Glasflächen, die bis in die Nähe des Fußbodens reichen, müssen deutlich gekennzeichnet sein.

#### XI. **Türen**

Türen müssen leicht zu öffnen und zu schließen sein. Sie sind so anzuordnen, dass sie weder beim Öffnen noch im geöffneten Zustand die erforderliche Breite von Fluchtwegen einengen. Griffe, Hebel, Schlösser und Kanten müssen so beschaffen bzw. angeordnet sein, dass bei bestimmungsgemäßem Gebrauch keine Gefährdungen entstehen. Dies wird z. B. erreicht, wenn

- Griffe und Hebel aus Rundmaterial ausgeführt,
- Kanten im Berührungsbereich gerundet,
- Griffe und Hebel mit einem Abstand von mind. 25 mm zur Gegenschließkante angeordnet sind.

Scherstellen an Nebenschließkanten von Türen sollten vermieden werden.

Türpuffer oder Feststeller, die mehr als 15 cm von der Wand entfernt sind, sind unzulässig.

#### XII. **Fenster**

Fenster müssen so gestaltet sein, dass sie beim Öffnen und Schließen niemanden gefährden und in geöffnetem Zustand nicht in die Aufenthalts- und Verkehrsbereiche hineinragen. Dies wird z. B. erreicht durch

- gegen Herabfallen gesicherte Kipp- und Schwingflügel,



- Öffnungsbegrenzung bei Schwingflügel,
- ausreichend stabile Sperrsicherung an Dreh-Kipp-Beschlägen,
- Feststellvorrichtungen bei Lüftungsflügeln, die verhindern, dass die Flügel in geöffnetem Zustand in den Aufenthaltsbereich hineinragen (vgl. DIN 58125 „Schulbau“),
- Öffnungsbegrenzungen bei Schiebefenstern oder eine Vorrichtung, die den Schließvorgang abbremst (vgl. DIN 58125 „Schulbau“).

**XIII. Bodenbeläge**

Bodenbeläge müssen rutschhemmend ausgeführt und leicht zu reinigen sein. Sie haben den Anforderungen der ASR A1.5 „Fußböden“ zu entsprechen. Die entsprechende Klassifikation ist über Prüfzeugnisse der Hersteller bzw. Lieferanten nachzuweisen und dem GUV OL im Falle einer Begehung vorzulegen.

**XIV. Elektrische Installationen**

Die Stromkreise der Steckdosen sind mit Fehlerstromschutzschaltern 30 mA abzusichern.

**XV. Beleuchtung**

Die Tageslichtverhältnisse und die Beleuchtungseinrichtungen müssen den Anforderungen der DIN EN 17037 „Tageslicht in Gebäuden“ bzw. der DIN 5034 „Tageslicht in Innenräumen“, der DIN EN 12464-1 „Licht und Beleuchtung – Beleuchtung von Arbeitsstätten, Teil 1: Arbeitsstätten in Innenräumen“ sowie der ASR A3.4 „Beleuchtung“ entsprechen.

**XVI. Putzmittelräume**

Die Putzmittelräume R-004 und R-102 sind, wie in den Zeichnungen dargestellt, mit einem Ausgussbecken zu versehen. Da es sich um innenliegende Räume handelt, müssen sie zudem ausreichend be- und entlüftet werden (Abluftanschluss).

**XVII. Feuerlöscher**

Geeignete DIN-Feuerlöscher sind im Einvernehmen mit der Feuerwehr anzubringen, die Stellen entsprechend zu kennzeichnen und die Löscher betriebsbereit zu halten.

**XVIII. Dachbegehrbarkeit**

Für Wartungszwecke (PV-Anlagen; Extensive Gründächer; Haustechnik) müssen alle Dachflächen für geeignete Personen (entsprechende Fachkräfte) zugänglich sein. Die Dachflächen müssen sicher erschlossen werden. Des Weiteren ist auf den Dachflächen mit geeigneten Mitteln für den Schutz gegen Absturz zu sorgen (Geländer; Anschlagpunkte, etc.), siehe auch ASR A2.1 Schutz vor Absturz und herabfallenden Gegenständen.

**XIX. Sicherheit in Veranstaltungsstätten**

Der Betrieb einer Veranstaltungsstätte birgt zahlreiche Gefahren. Damit für alle Beteiligten auf und hinter der Bühne sowie die Besucherinnen und Besucher der Veranstaltungsstätte ein optimales Maß an Sicherheit gewährleistet ist, sind besondere Voraussetzungen unentbehrlich, die der Unternehmer bzw. der Betreiber der Veranstaltungsstätte zu garantieren hat. Bitte beachten Sie daher die DGUV Information 215-322 „Sicherheit in Schulaulen und Bürgerhäusern“.

**XX. Unterrichtsräume**

Jeder Unterrichtsraum sollte ein Waschbecken mit mindestens fließendem Kaltwasseranschluss haben. Sollte ein Warmwasseranschluss vorhanden sein, ist dieser auf eine maximale Temperatur von 43 Grad °C einzustellen, um Verletzungen durch



Verbrühungen zu Vermeiden. Darüber hinaus sollte folgende Ausstattung vorhanden sein: - Seifenspender - Papierhandtuchspender - Abfallbehälter mit Deckel

**XXI. Tafelsysteme**

Bei der Aufstellung und beim Einsatz von Tafeln ist darauf zu achten, dass das Schreiben in der obersten Zeile auch im Sitzen möglich ist. So können auch diejenigen in den Unterricht integriert werden, die eine Verletzung oder Behinderung haben. Schultafeln sind regelmäßig, mindestens jährlich, durch einen Sachkundigen zu prüfen und bei Bedarf instand zu setzen. Dies sollte auch dokumentiert werden, Hilfe zur Umsetzung dieser Vorgaben befindet sich in der Schrift „Sichere Schultafeln“.

**XXII. Erste Hilfe Raum**

In allen Schulen muss mindestens ein geeigneter Raum vorhanden sein, in dem Verletzte versorgt werden können. Im Idealfall sollte dieser Raum in zentraler Lage des Schulkomplexes sein, im Bereich von Werkstätten und/oder in der Sporthalle. Im Neubau ist kein Raum für die erste Hilfe geplant. Wir gehen daher davon aus, dass ein solcher Raum im bestehenden Schulkomplex vorhanden ist. Es ist vom Schulträger zusammen mit der Schulleitung im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung zu prüfen, ob dies ausreichend ist. Es sind in jedem Fall Verbandskästen in Bereichen mit erhöhter Gefährdung für die Schüler/innen, z. B. in Werkräumen, Werkstätten, Lehrküchen, Sporthallen, naturwissenschaftliche Unterrichtsräume vorzuhalten. Erste-Hilfe-Einrichtungen sowie Aufbewahrungsorte von Erste-Hilfe-Material, Rettungsgeräten, Rettungsmitteln sind deutlich erkennbar und dauerhaft durch ein weißes Kreuz auf quadratischem oder rechteckigem grünem Grund mit weißer Umrandung zu kennzeichnen.

Die Lage der Erste-Hilfe-Einrichtungen müssen in den Flucht-/Rettungsplänen graphisch dargestellt sein.

**XXIII. Musikraum**

Es sollten bauliche Maßnahmen zur Reduzierung von Reflexionsschall umgesetzt werden, z. B. Installation schallabsorbierender Wand- und Deckenverkleidungen (Beratung durch einen erfahrenen Bauakustiker erforderlich!). Die Abstände zwischen den musizierenden Schülerinnen und Schülern sollten so groß wie möglich sein. Hinweise hierzu können der Richtlinie zur „Sicherheit im Unterricht“ (Risu) Teil II, Pkt. 8 als Orientierung entnommen werden.

**XXIV. Treppen**

Offene Bereiche unter Podesten und Treppenläufen mit weniger als 2 m Durchgangshöhe sind in Aufenthaltsbereichen so zu sichern, dass Verletzungsgefahren durch unbeabsichtigtes Unterlaufen vermieden werden.

**XXV. Treppengeländer /-umwehrung**

Geländer und Umwehrungen sollen verhindern, dass Personen von erhöhten Flächen abstürzen und müssen so ausgeführt werden, dass Personen nicht hindurchstürzen können. Geländer sind sicher gestaltet, wenn deren Öffnungen mindestens in einer Richtung nicht breiter als 12 cm sind. Darüber hinaus dürfen Geländer nicht zum Rutschen, Klettern, Aufsitzen und Ablegen von Gegenständen verleiten. Die Umwehrungen müssen mindestens 1,10 m hoch sein (siehe Nds. Schulbaurichtlinie).

**XXVI. Abschluss**

Darüber hinaus beachten Sie bitte die DIN 58125 „Schulbau“, die Nds. Richtlinie über bauaufsichtliche Anforderungen an Schulen (SchulbauR), die Internetseite [www.sichere-schule.de](http://www.sichere-schule.de), die DGUV Vorschrift 81 „Schulen“ sowie die darin aufgeführten Unfallverhütungsvorschriften und die DGUV Regel 102-601 „Branche Schule“.



Auf die Hinweise aus der Besprechung zwischen dem Architekten und Vertretern des GUV OL vom 07.12.2023, wird ebenfalls verwiesen.

### **Informationen zu Schotterflächen in Niedersachsen: Nicht überbaute Flächen von Baugrundstücken müssen Grünflächen sein gemäß § 9 Abs. 2 NBauO:**

Der Rat der Stadt hat am 04.09.2019 beschlossen, in Neubaugebieten das Anlegen bepflanzter Vorgärten/Gärten vorzusehen. In dem Zusammenhang wurde seitens der Verwaltung ausgeführt, dass es bereits jetzt eine Regelung in der NBauO gibt, dass die nicht überbauten Flächen als Grünflächen herzurichten sind (§ 9 NBauO).

Seit geraumer Zeit werden in der Öffentlichkeit und in den Medien vermehrt versiegelte Grundstücksflächen bzw. Schottergärten auf Grundstücken als Grund für abnehmende Insektenlebensräume angeführt. Auch mit Blick auf den stetigen Klimawandel ist es dringend erforderlich, die Versiegelung von Bodenflächen auf das notwendige Maß zu beschränken, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zudem gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu sichern. Zu diesem Thema gibt das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz folgende Hinweise und Empfehlungen:

§ 9 Absatz 2 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) schreibt vor, dass nicht überbaute Flächen von Baugrundstücken Grünflächen sein müssen, soweit sie nicht für eine andere zulässige Nutzung erforderlich sind. An solchen Flächen besteht auch ein öffentliches Interesse, da sie für Pflanzen und Insekten einen wertvollen Lebensraum darstellen.

Entsprechende Freiflächen können mit Rasen oder Gras, Gehölzen, anderen Zier- oder Nutzpflanzen bedeckt sein. Plattenbeläge, Pflasterungen und dergleichen sind allenfalls zu den Grünflächen zu zählen, wenn sie eine verhältnismäßig schmale Einfassung von Beeten usw. darstellen. Die Wahl der Art und Beschaffenheit der Grünflächen bleibt dem Verpflichteten überlassen. Auf den Flächen muss jedoch die Vegetation überwiegen, so dass Steinflächen aus Gründen der Gestaltung oder der leichteren Pflege nur in geringem Maße zulässig sind. Es ist dabei unerheblich, ob Schotterflächen mit oder ohne Unterfolie ausgeführt sind: Sie sind keine Grünflächen im Sinne des Bauordnungsrechts, soweit auch hier die Vegetation nicht überwiegt.

Insbesondere wird in diesem Zusammenhang auf die Broschüre „Insektenvielfalt in Niedersachsen – und was wir dafür tun können“ des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (1. Auflage 2019) hingewiesen.

Die Broschüre kann unter folgendem Link heruntergeladen oder bestellt werden:

<https://www.nlwkn.niedersachsen.de/insektenvielfalt/insektenvielfalt-in-niedersachsen--und-was-wir-dafuer-tun-koennen-177015.html>

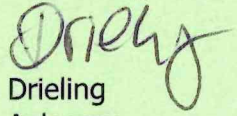
Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz; Entwurf des Runderlasses an die unteren Bauaufsichtsbehörden; vom 23.10.2019



**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Stadt Delmenhorst, 27747 Delmenhorst, erhoben werden.

Im Auftrag



Drieling

Anlagen:

1. Baubeginnanzeige gemäß § 76 Abs. 1 NBauO
2. Fertigstellungsanzeige gemäß § 76 Abs. 1 NBauO
3. Roter Punkt
4. Kostenbescheid
5. GEG Erklärung